

Bohren, bis die Blase platzt

Wie viel Öl und Kohle können Konzerne verbrennen, bevor das Klima kippt? Die Börsen täuschen sich – eine Gefahr für die Welt VON FELIX ROHRBECK

Der Mann, der der Blase ihren Namen gegeben hat, ist ein Niemand. Kein gläserner Tower unterstreicht seine Bedeutung, kein ehrwürdiger Lehrstuhl verleiht ihm Renommee. Er hat nicht einmal ein eigenes Büro. Bloß einen knappen Quadratmeter in einem Co-Working-Space, eingepfercht zwischen Freelancern.

Er heißt James Leaton und sieht ein bisschen aus wie der Whistleblower Edward Snowden: jung, kurze Haare, Brille, schmales Gesicht. Im Gespräch mit ihm hat man bald das Gefühl, dass er möglichst schnell zurück zu seinem Laptop will. Leaton ist kein Mann großer Worte. Er ist einer, der sich wochenlang in Datenbergen vergräbt. Und die Ergebnisse dann für sich sprechen lässt.

Kann so einer es wirklich mit den mächtigsten Finanz- und Energiekonzernen aufnehmen, sie vielleicht sogar zum Umdenken zwingen?

Leaton ist kein Umweltschützer im klassischen Sinn. Er ist ein akribischer Zahlenmensch, der sein Handwerk bei den Wirtschaftsprüfern von PricewaterhouseCoopers gelernt hat. Heute arbeitet er für die Carbon Tracker Initiative, eine Londoner Nichtregierungsorganisation (NGO), gegründet von Finanzanalysten. Sie treibt die Angst vor dem, was Leaton die *carbon bubble* nennt: eine gewaltige Rohstoff-Blase, die für Milliardenverluste sorgen könnte.

Was passiert, wenn den Anlegern die Tatsachen klar werden?

Um zu verstehen, was sich da zusammenbraut, muss man sich Leatons Zahlen anschauen. Rund 900 Gigatonnen CO₂ kann die Menschheit bis 2050 noch in die Atmosphäre blasen, wenn sie das Ziel einer Erderwärmung um maximal zwei Grad noch erreichen will. Zahl Nummer zwei drückt aus, wie viel CO₂ in den nachgewiesenen Kohle-, Öl- und Gasreserven dieser Welt schlummert, was also freigesetzt würde, wenn Unternehmen und Staaten ihre fossilen Rohstoffe wie geplant verbrennen. Das Problem: Zahl Nummer zwei ist mit 2860 Gigatonnen mehr als dreimal so hoch wie das, was unser Klima maximal noch verträgt.

Was das bedeutet? Leaton erklärt es nüchtern. Doch seine Logik ist scharf. Entweder die Erde heizt sich um deutlich mehr als zwei Grad auf, was einer Katastrophe gleichkäme. Oder große Teile der fossilen Reserven, die sich Unternehmen und Staaten gesichert haben, müssen unter der Erde bleiben. Sie seien dann, wie Leaton sagt, *unburnable*, nicht zu verbrennen. Also, kurz gesagt, wertlos.

Die HSBC, Großbritanniens größte Bank, hat ausgerechnet, dass Unternehmen wie Shell, BP, Eni, Total oder Statoil 40 bis 60 Prozent ihres Marktwertes verlieren könnten, wenn sie die Rohstoffe, die sie sich gesichert haben, unter der Erde lassen. Die Bank of England sieht eine mögliche Gefahr für die Stabilität des Finanzmarktes. Und der frühere US-Vizepräsident Al Gore ist sich sicher: »Wir haben eine *carbon bubble*. Und sie wird platzen.«

Selbst wenn die Regierungen die zunehmende Erwärmung des Klimas auf drei Grad lockern sollten, säßen Staaten und Unternehmen immer noch auf viel zu vielen nicht nutzbaren Reserven. Nicholas Stern, der frühere Chefökonom der Weltbank, der heute an der London School of Economics lehrt, sieht deshalb eine »krasse Inkonsistenz zwischen

der Bewertung fossiler Brennstoffe und den Klimazielen der Regierungen«.

Die Frage ist: Was passiert, wenn das irgendwann auch den Investoren klar wird? Vermutlich würden sie ihr Kapital so schnell wie möglich abziehen. Die Blase könnte dann mit einem großen Knall platzen.

Eigentlich müssten die Alarmglocken der Konzerne und Investoren längst läuten. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache. 2012 haben die 200 größten Energieunternehmen zusammen 674 Milliarden Dollar für das Aufspüren und Explorieren neuer Quellen ausgegeben. Die Blase wird also nicht kleiner, sie pumpt sich weiter auf.

Sind die Konzerne und Investoren schlicht zu blöd, um die Gefahr zu erkennen? Oder wetten sie auf die Untätigkeit der Politiker, also darauf, dass diese ihren CO₂-Zielen wie zuletzt beim Klimagipfel in Warschau kaum Taten folgen lassen?

»Der Markt«, so Stern, »hat entweder noch nicht gründlich genug über das Thema nachgedacht, oder er geht davon aus, dass die Regierungen nicht viel unternehmen werden – oder eine Mischung aus beidem.«

Kann es wirklich sein, dass sich eine so gewaltige Blase schmutziger Energie immer weiter aufbläht und sich niemand verantwortlich fühlt? Auf der Suche nach Antworten lohnt es sich, der Spur des Geldes zu folgen. Die Geschichte der Blase beginnt dort, wo die Rohstoffe aus der Erde geholt werden. Und endet bei denen, die den Klimawandel finanzieren – oft, ohne es überhaupt zu wissen.

Im Nordosten Kolumbiens, auf der Halbinsel Guarija, leben die Wayúu. Ein indigenes Volk, das vor allem Vieh züchtet und Maniok, Melonen und Mais anbaut. Der größte Feind der Wayúu ist eine Kohlemine. Sie heißt El Cerrejón und sieht aus wie eine karge Mondlandschaft. Es ist die größte Mine Südamerikas. Ihre Fläche entspricht der von Hamburg.

Yasmin Romero Epiayu kämpft gegen diese Megamine. Sie berichtet von den täglichen Explosionen in der Mine, vom Kohlestaub, der sich dann auf der gesamten Halbinsel verbreitet. Deswegen, sagt sie, litt viele Wayúu unter Hautkzemen und Lungenkrankheiten. Auch hätten viele Wayúu ihre Dörfer verlassen müssen, um Platz für das Wachstum der Mine zu schaffen. Ginge es nach ihr, die Kohle würde unter Tage bleiben. Schließlich, sagt sie, gehöre sie »Mutter Erde«, nicht den Konzernen.

Epiayus Gegner sind mächtig, ihr Protest ist so gut wie aussichtslos. Kommt es auf Guarija zu Unruhen, schickt die Regierung das Militär, um die Mine zu schützen. Sie ist wichtig für das Land. Rund 32 Millionen Tonnen Kohle werden hier jedes Jahr gefördert. Neben Kaffee und Drogen ist die Kohle eines der wichtigsten Exportgüter Kolumbiens. Gefördert wird sie oft von ausländischen Unternehmen. Hinter El Cerrejón stecken die drei Energieriesen Anglo American (Großbritannien/Südafrika), BHP Billiton (Australien) und Xstrata (Schweiz). Alle drei sind an der Londoner Börse gelistet.

Epiayu hat erkannt, dass sie ihren Kampf gegen den Kohleabbau zu Hause nicht ge-

winnen kann. Dass sie dafür ins Finanzzentrum Europas muss.

Deswegen ist sie nach London gereist. Wenn sie durch die City schlendert, sieht sie junge, umweltbewusste Banker, die auf Fahrrädern zur Arbeit flitzen. Die berühmten roten Doppeldeckerbusse fahren immer öfter mit Hybridantrieb. Und auf den Dächern von Investmenthäusern wie Merrill Lynch gibt es Parks wie in einem Großstadtdschungel. Die Stimmung ist gut, die Krise vorbei – und als ökologischer Vorreiter fühlt man sich auch noch. Tatsächlich senkt die City Jahr für Jahr ihre CO₂-Emissionen. London soll die grünste Stadt der Welt werden.

In dieses Selbstbild passt es nicht, dass London entscheidend dazu beiträgt, die Blase schmutziger Energie aufzublähen. Anstatt in Kolumbien könnte man diese Geschichte auch in Australien, Asien oder der Arktis beginnen. Folgt man dem Geld, landet man am Ende fast immer in London, Europas heimlicher Hauptstadt des Klimawandels.

Früher konnte man die London Stock Exchange noch besuchen. Heute geht das nicht mehr. Aus Sicherheitsgründen. Und weil es eh nicht mehr viel zu sehen gibt. Seit dem Big Bang, der großen Deregulierung unter Margaret Thatcher, gibt es keinen Raum mehr voller schreiender, gestikulierender Börsenhändler. Bloß noch Computer und Telefone.

Verändert hat sich auch die Art der Aktien, mit denen hier gehandelt wird. Man kann das am FTSE 100 ablesen, dem wichtigsten britischen Aktienindex. Vor etwas mehr als zehn Jahren noch hatten Öl-, Gas- und Kohleunternehmen einen Anteil von rund zehn Prozent. Heute liegt er bei einem Drittel. Gelistet sind neben BHP Billiton, Anglo American und Xstrata auch Shell, BP, Rio Tinto, Centrica, Tullow Oil, BG und Petrofac.

Konzerne also, die überall auf der Welt bohren und buddeln. Zusammen horten sie Reserven, die 113 Gigatonnen CO₂ entsprechen. Das ist mehr als das Zweihundertfache dessen, was Großbritannien im Jahr 2012 ausgestoßen hat.

Der Anteil dieser Unternehmen am Index ist auch deshalb so bedeutsam, weil die meisten Fondsmanager im Grunde ängstliche Menschen sind. Ihre größte Angst ist es, schlechter abzuschneiden als der Markt. Also orientieren sie sich bei der Auswahl der Unternehmen, in denen sie investieren, am FTSE 100. Einige Fonds bilden ihn fast eins zu eins ab.

Dadurch landet jeder dritte Euro, den man ihnen anvertraut, in Aktien von Öl-, Gas- und Kohleunternehmen. Die Fondsmanager zerbrechen sich nicht den Kopf darüber, ob die Rohstoffe, in die sie das Geld ihrer Kunden indirekt investieren, auch verbrannt werden können. Aber sie sind keine skrupellosen Klimakiller. Eher harmlose Herdentiere, die zusammengekommen dann aber doch ziemlich gefährlich sind.

Seit 2009 sind nach einer Schätzung der Nichtregierungsorganisation World Development Movement allein von den beiden Fondsgesellschaften BlackRock und Legal & General elf Milliarden Pfund in jene drei Unternehmen

gefließen, die hinter El Cerrejón stecken.

Die Fondsmanager pumpen das Geld von Sparern, Pensionskassen, Universitäten, Kirchen, Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen über die Londoner Börse in klimaschädliche Projekte auf der ganzen Welt – und befeuern die Blase so weiter. Die Church of England hatte 2012 mehr als 60 Millionen Pfund in Energiekonzernen investiert, die fossile Brennstoffe fördern. Die britischen Universitäten kommen konservativ geschätzt auf knapp zwei Milliarden. Der größte Batzen stammt von den Pensionskassen. Sie verwalten insgesamt zwei Billionen Pfund. Es ist die Altersvorsorge ganz normaler Briten, die in der Regel keine Ahnung haben, dass mit ihrem Geld schmutzige Energie gefördert wird – und dass ein Teil des Geldes weg sein würde, wenn die Blase platzt.

Viele Sparer ahnen nicht, was mit ihrem Geld finanziert wird

An dieser Stelle schließt sich der Kreis. Die zierliche Yasmin Epiayu ist aus Kolumbien nach London geflogen, um den Briten vor Augen zu führen, was mit ihrem Geld passiert. Unterstützt wird sie dabei von einer Reihe von NGOs, die gemeinsam eine Kampagne losgetreten haben. Sie wollen Fonds, Pensionskassen, Kirchen und Universitäten dazu bringen, ihr Geld aus das Klima schädigenden Unternehmen abzuziehen. An der Spitze der Bewegung steht Bill McKibben, ein amerikanischer Journalist, der über jene Entertainer-Qualitäten verfügt, die James Leaton fehlen. Er hat dessen Zahlen 2012 zu einer Story für den *Rolling Stone* zusammengefügt. Kein Artikel des *Rolling Stone* wurde bis dahin öfter auf Facebook geteilt.

Nun steht McKibben in einem riesigen, gut gefüllten Theatersaal in London bei einer Veranstaltung namens Fossil Free Europe Tour. Er wird von Trommlern und einem DJ angekündigt, kommt dann mit einem Bier auf die Bühne geschlurft. Mit dem CO₂ sei das wie mit dem Alkohol, sagt er. Ein bisschen davon sei schon okay. Aber wie beim Alkohol gebe es Grenzen. Dann präsentiert er Leatons Zahlen. Und jeder versteht, dass da etwas nicht zusammenpasst. Eine Studentin kommt auf die Bühne. Sie erklärt, wie sie ihre Uni unter Druck setzt, nicht mehr in fossile Energien zu investieren. Es gibt erste Erfolge. Kleinere Organisationen und Kirchen haben ihr Geld abgezogen. Doch das reicht noch nicht. Um das Anwachsen der Blase zu stoppen, müssten auch die ganz großen Player ihr Verhalten ändern.

Die HSBC zum Beispiel.

42 Stockwerke hoch ist der Tower von Englands größter Bank in Canary Wharf, die umliegenden Gebäude überragt er bei Weitem. Ganz oben, auf dem Dach, hat die HSBC über 400 Solarmodule installieren lassen. Sie sollen das Klimabewusstsein der Bank demonstrieren. Selbst wenn sie, wie Nick Robins unverblümt zugibt, wohl nicht einmal ausreichen, um die ständig hoch- und runter-sausenden Fahrstühle des Towers zu betreiben. Robins ist der Chef des HSBC Climate Change Centre, das die Bank und ihre Kunden in Fragen des Klimawandels berät. Er ist für jene Studie mitverantwortlich, die so eindringlich vor den Folgen der Blase warnt und prognostiziert, dass die Energiemultis 40 bis 60 Prozent ihres Wertes verlieren könnten. Robins erklärt, dass etwa BP, wenn das Zwei-Grad-Ziel eingehalten werden soll, rund 25 Prozent seiner Reserven nicht verbrennen darf. Nur wenn es darum geht, was das alles für die HSBC selbst bedeutet, wird er stumm.

Nach Schätzungen des World Development Movement hat die HSBC zwischen 2010 und 2012 dazu beigetragen, dass über Bonds und Kredite 75 Milliarden Pfund an Energieunternehmen geflossen sind, die mit fossilen Brennstoffen ihr Geld verdienen. Die Bank wäre damit wohl Großbritanniens bedeutendster Finanzier des Klimawandels. Doch dazu will oder darf Robins nichts sagen. Auch auf schriftliche Nachfrage will die Bank nicht verraten, wie viel Geld sie in fossile Energien lenkt und ob sie sich konkrete Ziele für eine Reduzierung gesetzt hat.

Das Verhalten der HSBC ist wohl typisch für diese Phase der Blase. Man hat die Gefahr auf einer analytischen Ebene durchaus erkannt, doch das eigene Handeln verändert kaum jemand. Noch wird ja jede Menge Geld verdient.

Wer will da schon der Erste sein, der aussteigt?

➔ Weitere Informationen im Internet: www.zeit.de/klimawandel

Illustration: Anne Gerdies für DIE ZEIT; Foto: Claus Meyer/inden Pictures/Corbis

Große Diskrepanz

886

Gigatonnen CO₂ darf die Menschheit bis 2050 höchstens emittieren, wenn die Erde sich um nicht mehr als zwei Grad erwärmen soll

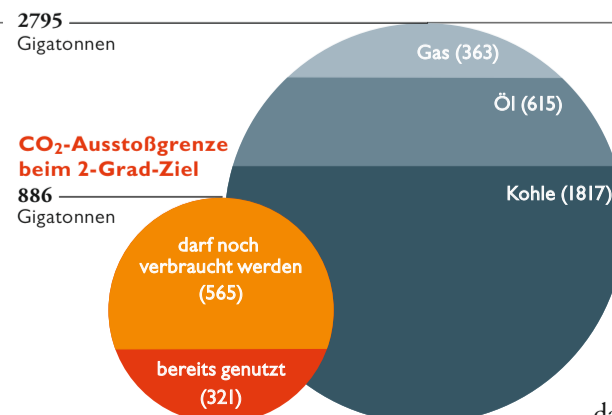


Die Kohlemine El Cerrejón in Kolumbien

674

Milliarden Dollar haben die 200 größten Energieunternehmen 2012 für das Aufspüren und Explorieren neuer Quellen ausgegeben

CO₂-Ausstoß nach Verbrauch aller fossilen Brennstoffreserven weltweit



Heiße Ware

Die fossilen Reserven auf der Erde – und wie viel verbrannt werden darf, wenn das Klima stabil bleiben soll

ZEIT-GRAFIK/Quelle: The Potsdam Climate Institute